

**1104 Motion (SP Köniz)**

**"AKW Mühleberg sofort stilllegen!"**

Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

**Bericht des Gemeinderates**

Die Motion wurde am 19. September 2011 erheblich erklärt. Da der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Die Abschreibung erfolgt nach der Behandlung des vorliegenden Berichts gemäss Art. 62 Abs. 2 des Geschäftsreglements des Parlaments stillschweigend (ohne formellen Parlamentsbeschluss).

**1. Ausgangslage**

Mit der Motion 1104 „AKW Mühleberg sofort stilllegen!“ wurde der Gemeinderat aufgefordert, sich bei den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie bei der BKW-FMB Energie AG für die sofortige und dauerhafte Stilllegung des AKW Mühleberg einzusetzen. Mit der Erheblicherklärung der Motion gab das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (Richtlinienmotion).

Der Gemeinderat hat daraufhin die detaillierten Zuständigkeiten der verschiedenen Ebenen und Institutionen abgeklärt und in seiner Antwort vom 29. Juni 2011 dem Parlament Bericht erstattet (Beilage 1). In der Antwort wird aufgeführt, dass sich der Gemeinderat bereits seit 2008 wiederholt kritisch und besorgt bezüglich des Zustands des AKW Mühleberg geäussert hat. Im Rahmen der Einsprache gegen das Gesuch um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung vom 9. Juli 2008 wurde auf folgende Punkte hingewiesen: Mängel im Zusammenhang mit einem Ereignis Flugzeugabsturz, Unfälle (riskante Handgriffe sind möglich), Brand (bezüglich Ausrüstung ist vieles unklar), interne Überflutungen, Stand der Technik (36 Betriebsjahre). Der Gemeinderat hat in seinem Brief an das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI vom 27. Januar 2010 seine Einschätzung bezüglich Risiko eines Eintretens eines gravierenden Störfalles nochmals dargelegt.

Als Folge der Atomkatastrophe in Fukushima hat der Gemeinderat beschlossen, den geordneten Ausstieg aus der Kernenergie zu befürworten und sich für die rasche Schliessung des AKW Mühleberg einzusetzen. Obwohl die Eintretenswahrscheinlichkeit eines derartigen Ereignisses klein ist, wären die Folgen für die Gemeinde Köniz fatal. Eine ähnliche Katastrophe wie in Fukushima würde das Gemeindegebiet von Köniz auf Jahrzehnte unbewohnbar machen. Trotz hoher Sicherheitsvorschriften hat Fukushima gezeigt, dass derartige schwere Unfälle auch in hochindustrialisierten Staaten jederzeit passieren können. Der Gemeinderat vertritt mit seinem Anliegen der Mehrheit der Könizer Bevölkerung, welche sich bereits vor der Atomkatastrophe von Fukushima bei der Kantonalen Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 als eine von 10 Gemeinden mit einer Mehrheit von 52,2 % gegen den Ersatz des AKW Mühleberg ausgesprochen hat.

Im Folgenden werden die wichtigsten Schritte dargestellt, welche der Gemeinderat nach Erheblicherklärung der Motion 1104 unternommen hat.

## **2. Schreiben an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr und Energie und Kommunikation und an die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern und deren Antwortschreiben**

In den Schreiben vom 14. Dezember 2011 (Beilagen 2 und 3) ersucht der Gemeinderat Frau Bundesrätin Leuthard sowie Frau Regierungsrätin Egger-Jenzer im Einklang mit der Motion 1104 zum Schutz der Könizer Bevölkerung das AKW Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen. In seinem Bestreben unterstütze der Gemeinderat die klare Haltung des Bundesrats und des Regierungsrats des Kantons Bern dass die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen soll. Die Atomkatastrophe in Japan habe den Gemeinderat erschüttert und beschäftigt. Der Gemeinderat verweist u.a. auf die Nähe der Gemeinde Köniz zum AKW Mühleberg und die fehlenden Umsiedlungsszenarien und Evakuierungskonzepte sowie das Risiko, dass das gesamte Gemeindegebiet bei einem Atomunfall auf Jahrzehnte unbenutzbar und unbewohnbar sein könnte.

Zugleich weist der Gemeinderat darauf hin, dass die Gemeinde Köniz mit seiner Energiestrategie und verschiedenen Massnahmen die bessere Nutzung von erneuerbaren Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und das Energiesparen pro-aktiv unterstützt und fördert, da ein Atomausstieg zwingend mit massiven Stromeinsparmassnahmen und einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden ist.

Frau Bundesrätin Leuthard bekräftigt in ihrem Antwortschreiben (Beilage 5) den Atomausstiegsentscheid und verweist auf die Kompetenz des ENSI und die Resultate von dessen Überprüfungen, dass für eine sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg kein Anlass bestehe. Sollte das ENSI in weiteren Abklärungen zu einem anderen Schluss kommen, würde das AKW Mühleberg zum Schutz der Bevölkerung ausser Betrieb genommen. Der Bundesrat habe sich bewusst für den mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie entschieden, um zu ermöglichen den Umbau der Energiesysteme umsichtig zu planen und das hohe Niveau der Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten. Bezüglich des Notfallschutzes verweist Frau Bundesrätin Leuthard auf die Einsetzung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Notschutzmassnahmen bei Extremereignissen in der Schweiz. Diese sei daran, den unmittelbaren Handlungsbedarf zu klären sowie mittel- und langfristige Massnahmen vorzuschlagen. Des Weiteren äussert sie Verständnis für die vom Gemeinderat vorgebrachten Bedenken und fordert alle involvierten Akteure auf, gemeinsam an den Lösungen für die Zukunft zu arbeiten, im Bewusstsein dass einschneidende Massnahmen erforderlich sind.

Frau Regierungsrätin Egger-Jenzer äussert in ihrem Antwortschreiben (Beilage 6) grosses Verständnis und Sympathie für die von einer Mehrheit der Könizer Bevölkerung getragene atomkritische Haltung des Gemeinderats und unterstützt das Anliegen, grundsätzlich auf Atomstrom zu verzichten.

Sie weist darauf hin, dass der Regierungsrat keine unmittelbare Entscheidungskompetenz zur Frage hat, wann das AKW Mühleberg abgeschaltet werden soll. Sie verweist auf die diesbezügliche Aufsichts- und Regulationskompetenz des Bundes. Als Vertreter des Mehrheitsaktionärs der BKW kann der Regierungsrat eine Schliessung mittels einer Statutenänderung erwirken, wobei hierzu eine 2/3 Mehrheit der Aktionäre erforderlich ist. Sie verweist zudem auf das zum damaligen Zeitpunkt noch hängige Beschwerdeverfahren zur unbefristeten Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg und die Initiative „Mühleberg vom Netz“ sowie auf die Auflage des ENSI an die BKW Energie AG, den Sicherheitsnachweis bei einem Extrem-Erdbeben zu erbringen. Unabhängig davon versichert Frau Regierungsrätin Egger-Jenzer, dass sich der Regierungsrat im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin für einen geordneten Atomausstieg einsetzen werde.

## **3. Schreiben an die BKW FMB Energie AG, Sitzung vom 18. Februar 2013 und Antwortschreiben vom 12. April 2013**

Im Schreiben vom 14. Dezember 2011 an die BKW FMB Energie AG (Beilage 4) wiederholt der Gemeinderat die in den oberwähnten Briefen geäusserten Ausführungen und Bedenken des Gemeinderats, des Gemeindeparlaments und der Bevölkerung von Köniz. Er ersucht den Verwaltungsratspräsident der BKW FMB Energie AG Urs Gasche, die Ängste und die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung zu Atomkraftwerken und insbesondere zum AKW Mühleberg ernst zu

nehmen, die Nutzung der Alternativenenergien voranzutreiben und das AKW Mühleberg freiwillig abzuschalten.

Anlässlich einer gemeinsamen Sitzung vom 18. Februar 2013 präsentierte die BKW FMB Energie AG ihre strategische Ausrichtung, welche mittels Ausbau von erneuerbaren Energien und Steigerung der Energieeffizienz ihre Position als führende Stromversorgerin der Schweiz halten und weiter ausbauen möchte. Zudem wurde von Seiten der BKW FMB Energie AG detaillierte Ausführungen zu den Sicherheitsaspekten und den Erkenntnissen aus Fukushima und entsprechenden Massnahmen dargelegt.

Im Antwortschreiben vom 12. April 2013 (Beilage 7) bekräftigt die BKW ihre Konzernstrategie „BKW 2030“ einer langfristig nachhaltigen und erneuerbaren Energieversorgung. Sie verweist auf die bundesrätliche Energiestrategie 2050 und ihr Bestreben eines geordneten Rückzugs aus der Kernenergie. Die BKW verweist insbesondere auf die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit und die hohen Investitionskosten für den Aufbau einer gleichwertigen Produktionsalternative.

Die BKW bekräftigt ausserdem, dass der sichere Betrieb ihrer Anlagen immer oberste Priorität hat und dass verschiedene Gutachten des ENSI und von internationale Experten die Sicherheit des AKW Mühleberg bestätigt haben. Ein sofortiges Abschalten des AKW Mühlebergs lehnt die BKW mit Hinweis auf die wirtschaftlichen Interessen der BKW FMB Energie AG und des Werkplatzes Bern und den Umstand, dass die Ersatzversorgung mehrheitlich aus ausländischen nuklearen und fossilen Anlagen erfolgen würde, ab.

#### **4. Stellungnahme der Gemeinde Köniz zur Vernehmlassung zum Gegenvorschlag zur Ergänzung der Kantonsverfassung i.S. «Mühleberg vom Netz»**

Im Februar 2012 reichte ein Komitee die Initiative «Mühleberg vom Netz» ein. Die Initiative verlangt, dass der Kanton als Mehrheitsaktionär der BKW dafür sorgt, dass das Kernkraftwerk Mühleberg sofort ausser Betrieb genommen wird. Der Regierungsrat hat beschlossen, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Der Regierungsrat argumentiert, dass die von der Initiative geforderte sofortige Abschaltung zu massiven Folgekosten für den Kanton führen könnte. Der Kanton kann nicht eine sofortige Abschaltung des AKW Mühleberg verfügen, sondern müsste sie als Mehrheitsaktionär der BKW AG erzwingen. Weil sich die vom Kanton dafür zu beauftragenden Verwaltungsräte mit einem solchen Entscheid nicht gewinnorientiert verhalten würden, wäre der Kanton gegenüber den andern Aktionären haftbar. Die Schadenersatzforderungen könnten sich im dreistelligen Millionenbereich bewegen. Des Weiteren führt der Regierungsrat aus, dass er mit dem Gegenvorschlag grundsätzlich dasselbe Ziel wie die Initiative verfolgt: Der Kanton als Mehrheitsaktionär soll dafür sorgen, dass das AKW Mühleberg möglichst rasch abgeschaltet wird. Im Unterschied zur Initiative soll der Abschaltungstermin jedoch in Absprache mit der BKW FMB Energie AG festgelegt werden. Der Gegenvorschlag nennt zudem einen klaren Endtermin: Das AKW Mühleberg darf nur noch bis spätestens Ende 2022 in Betrieb sein. Damit soll erstmals in der Schweiz für ein bestehendes Kernkraftwerk ein spätestens möglicher Abschaltungstermin festgelegt werden. Unabhängig vom Gegenvorschlag und den genannten Fristen müsste das AKW Mühleberg selbstverständlich unverzüglich abgeschaltet werden, wenn der sichere Betrieb durch die Betreiberin bzw. die Aufsichtsbehörde nicht mehr gewährleistet wäre.

Der Gegenvorschlag des Regierungsrats wird vom der BKW FMB Energie AG AG grundsätzlich begrüsst. Gemäss aktueller Planung geht auch die BKW FMB Energie AG von einem Planungshorizont bis 2022 aus. Mit der engen Koordination und Absprache mit der Betreiberin werden die Haftungsrisiken des Kantons weitgehend minimiert. Der Gegenvorschlag entspricht der heutigen Energiepolitik des Kantons und vom Bund und konkretisiert diese insofern, als erstmals ein spätester Abschaltungstermin für ein bestehendes Kernkraftwerk festgelegt wird. Schliesslich trägt die offene und flexible Ausgestaltung des Gegenvorschlags auch den aktuellen Unsicherheiten bezüglich der weiteren Laufzeit des AKW Mühleberg Rechnung, welche sich aus den Forderungen des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI bezüglich der Nachrüstung des AKW Mühleberg ergeben.

Weil der Gegenvorschlag einen baldigen konkreten Abstelltermin festlegt und zugleich die Bedenken bezüglich Schadenersatzforderungen berücksichtigt, hat sich der Gemeinderat unter folgenden Bedingungen zustimmend zum Gegenvorschlag geäußert (Beilage 8):

1. Der Kanton sorgt als Mehrheitsaktionär dafür, dass die Aktionäre der BKW FMB Energie AG an der GV 2014 die Abschaltung des AKW Mühleberg spätestens auf den 31. Dezember 2022 beschliessen.
2. Der Kanton sorgt weiter dafür, dass die BKW FMB Energie AG bis spätestens Mitte 2014 über den Ausbau der Sicherheitsanlagen des AKW Mühleberg gemäss den Forderungen des ENSI entscheidet.
3. Sollte sich die BKW FMB Energie AG gegen den Ausbau der Sicherheitsanlagen entscheiden hat der Kanton über seine Vertreter im Verwaltungsrat der BKW AG für die sofortige Stilllegung des AKW Mühleberg zu sorgen.

## 5. Fazit und Ausblick

Der Gemeinderat hat sich im Einklang mit dem Auftrag des Parlaments bei den zuständigen Stellen sowie bei der BKW-FMB Energie AG für die sofortige und dauerhafte Stilllegung des AKW Mühleberg eingesetzt. Die Aufforderungen und Bedenken der Gemeinde Köniz sind sowohl von den kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie von der BKW-FMB Energie AG aufgenommen worden. Es besteht eine breite Übereinstimmung über den Atomausstieg und dass das AKW Mühleberg in absehbarer Zeit stillgelegt wird. Die verschiedenen Interessenlagen äussern sich in den unterschiedlichen Ausführungen hinsichtlich des Zeitplans. Alle Akteure haben dem Gemeinderat aber versichert, dass sie sich ihrer immensen Verantwortung bewusst sind, dass Sicherheit höchste Priorität hat und dass im Abwägungsfall Sicherheitsüberlegungen gegenüber wirtschaftlichen und finanziellen Interessen überwiegen. Der Regierungsrat und die BKW-FMB Energie AG sprechen sich aber gegen eine sofortige Abschaltung aus. Auch das ENSI sieht zum jetzigen Zeitpunkt keinen Anlass für eine sofortige Abschaltung des AKW Mühleberg.

Der Gemeinderat wird sich auch in Zukunft weiterhin im Rahmen seiner Möglichkeiten und Kompetenzen für die rasche Schliessung des AKW Mühleberg einsetzen. Im Vergleich zu 2011 besteht heute Konsens unter den wichtigsten Akteuren, dass das AKW Mühleberg ausgeschaltet wird. Es geht nur noch um die Frage, wann dies geschehen soll. Hierzu wird die Könizer Bevölkerung bald die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen der Volksabstimmung zur Initiative zur Ergänzung der Kantonsverfassung in Sachen „Mühleberg vom Netz“ und dem Gegenvorschlag zu äussern.

Köniz, 4. Juli 2013

Der Gemeinderat

## Beilagen

1. Vorstosstext und Antwort des Gemeinderates vom 29. Juni 2011
2. Brief des Gemeinderats an das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation vom 14. Dezember 2011
3. Brief des Gemeinderats an die Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern vom 14. Dezember 2011
4. Brief des Gemeinderats an die BKW FMB Energie AG vom 14. Dezember 2011
5. Antwortbrief von Bundesrätin Doris Leuthard vom 19. Januar 2012
6. Antwortbrief von Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer vom 23. Januar 2012
7. Antwortbrief der BKW FMB Energie AG vom 12. April 2013
8. Stellungnahme der Gemeinde Köniz zuhanden des Regierungsrats zur Vernehmlassung zum Gegenvorschlag zur Ergänzung der Kantonsverfassung i.S. Initiative „Mühleberg vom Netz“ vom 14. Mai 2013

**1104 Motion (SP Köniz) "AKW Mühleberg sofort stilllegen!"**

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen und Direktion Umwelt und Betriebe

**Vorstosstext**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, sich bei den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie bei den BKW-FMB für die sofortige und dauerhafte Stilllegung des AKW Mühlebergs einzusetzen.

**Begründung:**

Köniz liegt innerhalb des 20 km Radius um das AKW; mehrere Tausend Einwohner leben sogar im 10 km Radius. Unsere Lebensgrundlage würde durch einen Reaktorunfall, wie er auch in Mühleberg nicht ausgeschlossen werden kann, zerstört.

Im Lichte der AKW-Katastrophe in Fukushima, Japan erhalten viele Faktoren rund um das AKW in Mühleberg eine neue Dimension:

Beim über 40 jährigen Reaktor in Mühleberg handelt es sich um denselben Typ wie in Fukushima.

Verschiedene sicherheitsrelevante Bereiche sind rund um das Kernkraftwerk Mühleberg unklar. Im AKW Mühleberg wurden 1990 zum ersten Mal neben einer Schweissnaht Risse im Kernmantel entdeckt, die immer grösser werden (zur Zeit 2,80 Meter). Messungen von 2009 zeigen laut dem Leiter des AKW Mühleberg, Patrick Miazza, dass noch 70 Prozent der Schweissnaht intakt ist. Das bedeutet aber auch, dass 30% der Naht defekt ist. Die BKW haben deshalb Zuganker eingebaut. Doch das reichte dem Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) nicht. Bereits 2007 hielt das ENSI in einer Sicherheitsprüfung fest, es gebe «wesentliche Vorbehalte».

Ein Gutachten des TÜV-Nord in den BKW Sicherheitsunterlagen zeigt, dass das AKW Mühleberg aufgrund der Risse im Kernmantel nicht mehr sicher betrieben werden kann.

Der direkt über dem AKW gelegene Staudamm des Wasserkraftwerks stellt einen grossen Risikofaktor dar – was Überschwemmungen auslösen können, erfährt Japan zur Zeit schmerzlich.

Auch die Erdbebensicherheit scheint beim AKW Mühleberg leider nicht wirklich gegeben.

Viele Fragen betreffend Lagerbecken für abgerannte Brennstäbe, Notstrom und Kühlwasserzufuhr sind ebenfalls offen.

Am 13. Februar 2011 haben sich die Stimmberechtigten von Köniz mit 54.5 % klar gegen ein neues AKW in Mühleberg ausgesprochen. Die Mehrheit der Könizer Bevölkerung wünscht eine Zukunft ohne atomares Sicherheitsrisiko.

**Eingereicht**

21.03.2011

**Unterschrieben von 17 Parlamentsmitgliedern**

Martin Graber, Christian Roth, Mario Fedeli, Laavanja Sinnadurai, Ruedi Lüthi, Stephanie Staub-Muheim, Christian Salzmann, Hugo Staub, Heinz Nacht, Anna Mäder, Heinz Engi, Hansueli Pestalozzi, Liz Fischli-Giesser, Urs Maibach, Jan Remund, Annemarie Berlinger-Staub, Ursula Wyss

## **Antwort des Gemeinderates**

### **Formelles**

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (siehe Formelle Prüfung der Motion der Gemeindegemeinschaft, Beilage 1).

### **Allgemeines**

Die Motion der SP Köniz "AKW Mühleberg sofort stilllegen" fordert, dass sich der Gemeinderat bei den zuständigen Stellen für eine sofortige und dauerhafte Stilllegung des Kernkraftwerks Mühleberg einsetzt. In der Begründung werden konkret verschiedene sicherheitsrelevante Bereiche aufgeführt. Ferner wird darauf hingewiesen, dass viele Fragen betreffend Lagerbecken für abgebrannte Brennstäbe, Notstrom und Kühlwasserzufuhr ebenfalls noch offen seien.

Bezüglich der Zuständigkeiten ist es so, dass der Bund bzw. das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) für die Sicherheit abschliessend zuständig ist. Die Frage der Abschaltung eines Atomkraftwerkes fällt ebenfalls in Bundeskompetenz. Auch für die Anordnung von konkreten Massnahmen ist gemäss Art. 72 des eidgenössischen Kernenergiegesetzes das ENSI als Aufsichtsbehörde zuständig.

Die Betriebsbewilligung für Mühleberg läuft 2012 ab.

Da die Mehrheit der Aktien der BKW FMB AG im Besitze des Kantons Bern ist, kann der Kanton als Aktionär Einfluss nehmen. Um einen Beschluss zur Abschaltung des Kernkraftwerks Mühleberg zu erzwingen, braucht es allerdings eine Änderung der Statuten, was wiederum eine Zustimmung von 2/3 aller Aktionärinnen und Aktionäre notwendig macht. Der Kanton Bern verfügt jedoch nur über 52% der Aktien.

### **Wie hat sich der Gemeinderat bis anhin zur Frage des Kernkraftwerks Mühleberg geäussert?**

Der Gemeinderat hat sich bereits vor knapp drei Jahren kritisch und besorgt bezüglich des Zustandes des Kernkraftwerks Mühleberg geäussert. Dies im Rahmen der Einsprache gegen das Gesuch um Aufhebung der Befristung der Betriebsbewilligung vom 9. Juli 2008. Insbesondere wurde auf folgende Punkte hingewiesen:

Mängel im Zusammenhang mit einem Ereignis Flugzeugabsturz, mit der Brandsicherheit sowie mit internen Überflutungen. Aufgrund dieser Einsprache hat sich die BKW FMB AG zu den erwähnten Punkten geäussert, jedoch nicht in befriedigender Weise. Dies wurde dem Bundesamt für Energie per Brief der Direktion Umwelt und Landschaft vom 26. Mai 2009 entsprechend mitgeteilt.

### **Atomkatastrophe in Japan hat Konsequenzen**

Die Atomaufsicht ENSI hat am 18. März 2011 - aufgrund der Ereignisse in Fukushima - per Verfügung vom Kernkraftwerk Mühleberg verlangt, in einem Bericht gewisse Fragen zur Sicherheit des Kernkraftwerks zu beantworten. Die BKW FMB AG ihrerseits hat diese Fragen Ende März 2011 beantwortet. Es ging vor allem um die Kühlmittelversorgung für Sicherheits- und Hilfssysteme, um den Schutz des Brennelementbeckens gegen externe und interne Auswirkungen sowie um die Versorgung und Steuerung der Brennelementbeckenkühlung.

Am 5. Mai 2011 hat das ENSI dann einen Bericht zu Sicherheitsmängeln bei allen Kernkraftwerken der Schweiz publiziert. Trotz der festgestellten Mängel verzichtet das ENSI vorerst auf die Abschaltung von Kernkraftwerken in der Schweiz.

Die längste Mängelliste weist das Kernkraftwerk Mühleberg auf. Gemäss den Dokumenten des ENSI - vgl. auch [www.ensi.ch](http://www.ensi.ch) - betreffen die Mängel beim Kernkraftwerk Mühleberg vor allem folgende Bereiche:

a) Kühlmittelversorgung für das Notstandssystem

Zum heutigen Zeitpunkt gibt es kein Alternativsystem zur Entnahme von Kühlwasser aus der Aare, z.B. eine Zusatzversorgung über verstopfungssichere Grundwasserbrunnen.

b) Kühlung des Brennelementbeckens

Im Falle eines Erdbebens und einer Überflutung ist die Kühlung des Brennelementbeckens nicht mehr sichergestellt. Die Abstützung ausschliesslich auf vor Ort durchzuführende Handmassnahmen erachtet das ENSI vor dem Hintergrund der Erkenntnisse aus Japan als nicht ausreichend.

c) Anlageninterne Notfallmassnahmen

Die Massnahmen sind erweiterungsbedürftig, dies z.B. bezüglich der Nachrüstung einer erdbeben-, überflutungs- und verstopfungssicheren Kühlmittelversorgung für das Notstandssystem. Was die Überwachung des Brennelementbeckens betrifft, müssen die technischen Einrichtungen und Hilfsmittel funktionsfähig und einsetzbar sein, ohne dass dafür der Lagerbeckenbereich betreten werden muss. Die Brennelementbeckenkühlung muss so weit möglich funktional unabhängig und räumlich getrennt sein.

Das ENSI hält im Weiteren auch fest, dass die Zuganker, welche die vorhandenen Risse im Kernmantel zusammen halten, nicht als definitive Lösung akzeptiert werden.

Nach Auffassung des Gemeinderates ist es bedenklich, dass erst als Folge des tragischen Unglücks in Japan derart gravierende Mängel überhaupt entdeckt wurden.

### **Stellungnahme des Gemeinderats**

Die Atomkatastrophe in Japan hat den Gemeinderat erschüttert und beschäftigt. Angesichts der Nähe der Gemeinde Köniz zum Kernkraftwerk Mühleberg hat der Gemeinderat beschlossen, den in der Schweiz diskutierten Ausstieg aus der Kernenergie klar zu befürworten und sich dafür einzusetzen, das AKW Mühleberg rasch zu schliessen.

Die Ereignisse in Fukushima haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Atomenergie eine gefährliche Technologie ist, die auch in Gesellschaften mit ausgeprägtem Sicherheitsdenken nicht vollständig beherrscht werden kann. Trotz hoher Sicherheitsvorschriften und -massnahmen in den AKW in der Schweiz bleibt ein Restrisiko, das nach Überzeugung des Gemeinderats zu hoch ist. Fukushima hat gezeigt, dass derartige schwere Unfälle überall und jederzeit vorkommen können, auch in Mühleberg, weshalb der Gemeinderat einen möglichst raschen Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet.

Die sowohl in Tschernobyl als auch in Fukushima durchgeführten Evakuierungsmassnahmen der Bevölkerung im Umkreis von 20 – 30 km um die Unfallreaktoren zeigen, dass bei einem schweren Unfall in Mühleberg damit gerechnet werden muss, die ganze Bevölkerung der Gemeinde Köniz für mehrere Jahrzehnte zu evakuieren. Entsprechende Umsiedlungsszenarien bestehen nicht. Das Gemeindeführungsorgan GFO wäre ausserstande eine derartige Katastrophe zu bewältigen. Sowohl beim Kanton wie auch beim Bund fehlen für die Kernzonen 2 und 3 entsprechende Evakuierungskonzepte. Das Risiko, dass das ganze Gemeindegebiet auf Jahrzehnte unbenutzbar und unbewohnbar sein könnte, mit entsprechenden Zwangsumsiedlungen der ganzen Bevölkerung, darf nicht in Kauf genommen werden. In diesem Sinne befürwortet der Gemeinderat den raschen aber geordneten Ausstieg aus der Atomenergie und die rasche Schliessung der Anlage in Mühleberg beim Ablauf der Betriebsbewilligung im Jahr 2012. Er wird die Bestrebungen des Regierungsrats zu einem Ausstieg aus dieser gefährlichen Technologie unterstützen und sich dafür einsetzen, das AKW Mühleberg rasch zu schliessen. In diesem Sinne ist er bereit, die Motion anzunehmen.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie zwingend mit massiven Stromsparmassnahmen und einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden ist. Der Gemeinderat hat mit der von ihm verabschiedeten Energiestrategie signalisiert, dass er selber Bestrebungen zur besseren Nutzung der erneuerbaren Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Energiesparen unterstützt und fördert.

**Antrag**

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Motion wird erheblich erklärt.

Köniz, 29. Juni 2011

Der Gemeinderat

**Beilagen**

- Formelle Prüfung 1104 Motion (SP Köniz) "AKW Mühleberg sofort stilllegen!"





Gemeinde  
Köniz

Die Gemeindeschreiberin

Landorfstrasse 1  
3098 Köniz

T 031 970 91 11  
www.koeniz.ch

Beatrice Zbinden  
Gemeindeschreiberin

T 031 970 92 03  
F 031 970 92 17  
beatrice.zbinden@koeniz.ch

Köniz, 18. April 2011 Zb

**1104 Motion (SP Köniz) "AKW Mühleberg sofort stilllegen!"  
Formelle Prüfung der Motion**

Gemäss der gemeinderätlichen Weisung HA 11 prüft die Gemeindeschreiberin, ob der Gegenstand von eingereichten Motionen im ausschliesslichen Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates liegt. In diesem Fall käme einer Motion der Charakter einer Richtlinie zu.

Die reglementarische Grundlage in Art. 53 Abs. 1 des Geschäftsreglements des Parlamentes:

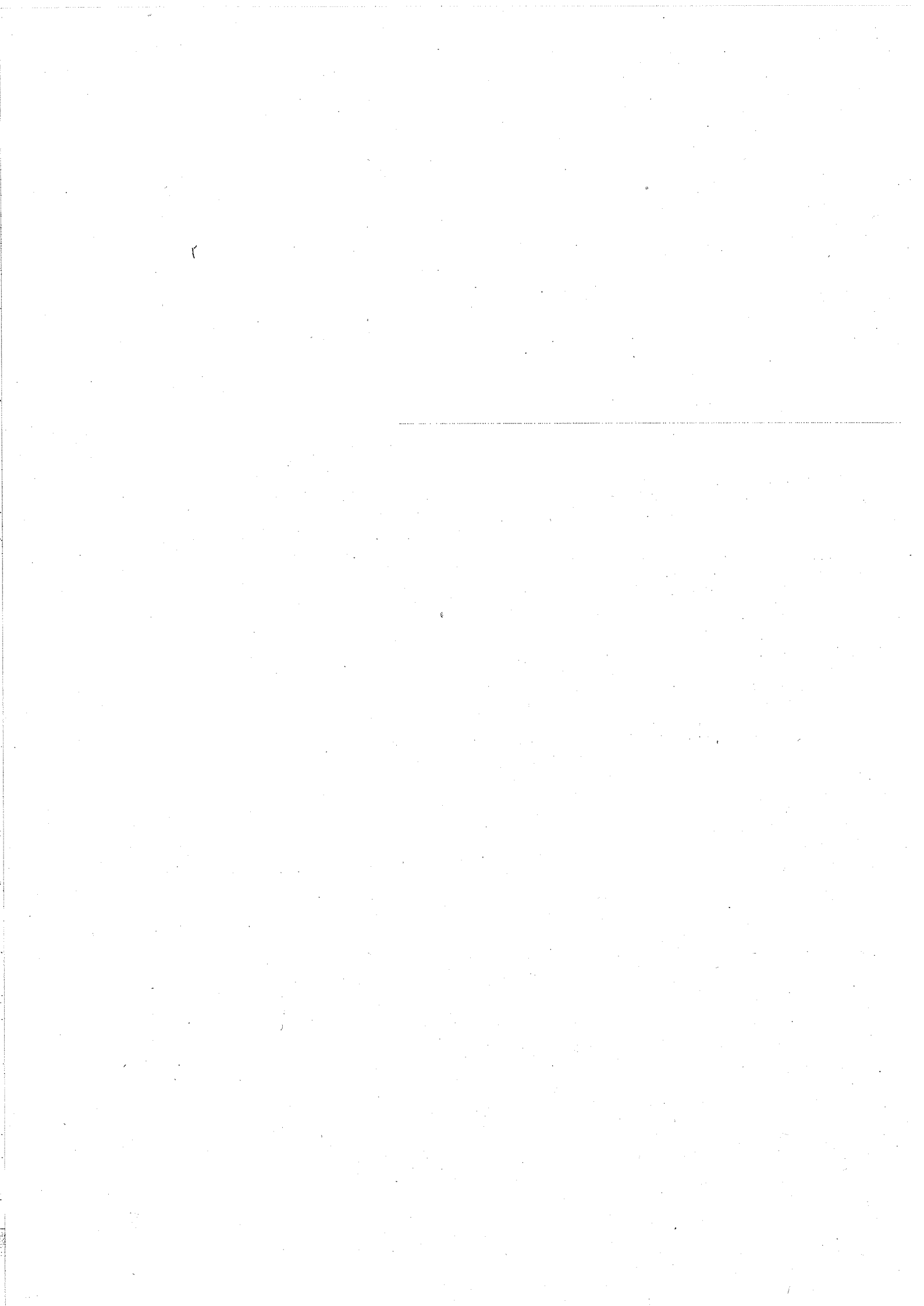
Eine Motion verpflichtet den Gemeinderat, einen bestimmten Beschlusses- oder Reglementsentwurf vorzulegen oder eine Massnahme zu treffen. Soweit der Gegenstand der Motion in der ausschliesslichen Kompetenz des Gemeinderates liegt, kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu.

Mit der vorliegenden Motion wird der Gemeinderat beauftragt, sich bei den zuständigen Behörden sowie bei den BKW-FMB für die sofortige und dauerhafte Stilllegung des AKW Mühlebergs einzusetzen.

Dieses Anliegen liegt in der alleinigen Kompetenz des Gemeinderats. Er vertritt die Gemeinde nach aussen (Art. 58 Abs. 2 Gemeindeordnung).

Fazit: Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor.

Beatrice Zbinden  
Gemeindeschreiberin





Eidg. Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und  
Kommunikation  
Frau Bundesrätin Doris Leuthard  
Bundeshaus Nord  
Kochergasse 10  
3003 Bern

Köniz, 14. Dezember 2011 Zb

### **Stilllegung des AKW Mühleberg**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard

Die Atomkatastrophe in Japan hat den Gemeinderat erschüttert und beschäftigt. Er unterstützt die klare Haltung des Bundesrats und des Regierungsrats des Kantons Bern, dass die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen soll. Angesichts der Nähe der Gemeinde Köniz zum Kernkraftwerk Mühleberg ersucht Sie der Gemeinderat zum Schutz unserer Bevölkerung, das AKW Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen.

Die Ereignisse in Fukushima haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Atomenergie eine gefährliche Technologie ist, die auch in Gesellschaften mit ausgeprägtem Sicherheitsdenken nicht vollständig beherrscht werden kann. Trotz hoher Sicherheitsvorschriften und -massnahmen in den Atomkraftwerken in der Schweiz bleibt ein Restrisiko, das nach Überzeugung des Gemeinderats zu hoch ist. Fukushima hat gezeigt, dass derartige schwere Unfälle überall und jederzeit vorkommen können, auch in Mühleberg, weshalb der Gemeinderat einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet.

Die sowohl in Tschernobyl als auch in Fukushima durchgeführten Evakuierungsmassnahmen der Bevölkerung im Umkreis von 20 – 30 km um die Unfallreaktoren zeigen, dass bei einem schweren Unfall in Mühleberg damit gerechnet werden muss, die ganze Bevölkerung der Gemeinde Köniz für mehrere Jahrzehnte zu evakuieren. Entsprechende Umsiedlungsszenarien bestehen nicht. Das Gemeindeführungsorgan GFO wäre ausserstande, eine derartige Katastrophe zu bewältigen. Sowohl beim Kanton wie auch beim Bund fehlen für die Kernzonen 2 und 3 entsprechende Evakuierungskonzepte. Das Risiko, dass das ganze Gemeindegebiet auf Jahrzehnte unbenutzbar und unbewohnbar sein könnte, mit entsprechenden Zwangsumsiedlungen der ganzen Bevölkerung, darf nicht in Kauf genommen werden. In diesem Sinne befürwortet der Gemeinderat den Ausstieg aus der Atomenergie und die rasche und dauerhafte Schliessung der Anlage in Mühleberg.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie zwingend mit massiven Stromsparmassnahmen und einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden ist. Der Gemeinderat hat mit der von ihm verabschiedeten Energiestrategie signalisiert, dass er selber Bestrebungen zur besseren Nutzung der erneuerbaren Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Energiesparen unterstützt und fördert.



Der Gemeinderat vertritt mit seinem Anliegen eine Mehrheit der Könizer Bevölkerung. Bei der Kantonalen Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 sprachen sich 51.2% unserer Bevölkerung bei einer Stimmbeteiligung von 55.1% gegen den Ersatz des AKW Mühleberg aus. Damit war Köniz eine von 10 Gemeinden, die entgegen der Mehrheit der Stimmberechtigten bereits vor der Atomkatastrophe in Japan für die definitive Schliessung des AKW Mühleberg stimmte. Ferner verlangt das Parlament vom Gemeinderat mit einer am 21. März 2011 eingereichten Motion, sich bei den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie bei den BKW FMB für die sofortige und dauerhafte Stilllegung des AKW Mühleberg einzusetzen. Diese Motion wurde am 19. September 2011 mit 17 Stimmen dafür, 9 dagegen und 9 Enthaltungen für erheblich erklärt.

Wir ersuchen Sie, zum Schutz unserer Bevölkerung unserem Begehren zu entsprechen und das AKW Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen. Die Könizerinnen und Könizer werden es Ihnen danken.

Im Namen des Gemeinderates

Luc Mentha  
Gemeindepräsident

Beatrice Zbinden  
Gemeindeschreiberin



Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion des Kantons Bern  
Frau Regierungsrätin Barbara Egger-Jenzer  
Reiterstrasse 11  
3011 Bern

Köniz, 14. Dezember 2011 Zb

### **Stilllegung des AKW Mühleberg**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin Egger-Jenzer

Die Atomkatastrophe in Japan hat den Gemeinderat erschüttert und beschäftigt. Er unterstützt die klare Haltung des Bundesrats und des Regierungsrats des Kantons Bern, dass die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen soll. Angesichts der Nähe der Gemeinde Köniz zum Kernkraftwerk Mühleberg ersucht Sie der Gemeinderat zum Schutz unserer Bevölkerung, das AKW Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen.

Die Ereignisse in Fukushima haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Atomenergie eine gefährliche Technologie ist, die auch in Gesellschaften mit ausgeprägtem Sicherheitsdenken nicht vollständig beherrscht werden kann. Trotz hoher Sicherheitsvorschriften und -massnahmen in den Atomkraftwerken in der Schweiz bleibt ein Restrisiko, das nach Überzeugung des Gemeinderats zu hoch ist. Fukushima hat gezeigt, dass derartige schwere Unfälle überall und jederzeit vorkommen können, auch in Mühleberg, weshalb der Gemeinderat einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet.

Die sowohl in Tschernobyl als auch in Fukushima durchgeführten Evakuierungsmassnahmen der Bevölkerung im Umkreis von 20 – 30 km um die Unfallreaktoren zeigen, dass bei einem schweren Unfall in Mühleberg damit gerechnet werden muss, die ganze Bevölkerung der Gemeinde Köniz für mehrere Jahrzehnte zu evakuieren. Entsprechende Umsiedlungsszenarien bestehen nicht. Das Gemeindeführungsorgan GFO wäre ausserstande, eine derartige Katastrophe zu bewältigen. Sowohl beim Kanton wie auch beim Bund fehlen für die Kernzonen 2 und 3 entsprechende Evakuierungskonzepte. Das Risiko, dass das ganze Gemeindegebiet auf Jahrzehnte unbenutzbar und unbewohnbar sein könnte, mit entsprechenden Zwangsumsiedlungen der ganzen Bevölkerung, darf nicht in Kauf genommen werden. In diesem Sinne befürwortet der Gemeinderat den Ausstieg aus der Atomenergie und die rasche und dauerhafte Schliessung der Anlage in Mühleberg.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie zwingend mit massiven Stromsparmassnahmen und einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden ist. Der Gemeinderat hat mit der von ihm verabschiedeten Energiestrategie signalisiert, dass er selber Bestrebungen zur besseren Nutzung der erneuerbaren Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Energiesparen unterstützt und fördert.



Der Gemeinderat vertritt mit seinem Anliegen eine Mehrheit der Könizer Bevölkerung. Bei der Kantonalen Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 sprachen sich 51.2% unserer Bevölkerung bei einer Stimmbeteiligung von 55.1% gegen den Ersatz des AKW Mühleberg aus. Damit war Köniz eine von 10 Gemeinden, die entgegen der Mehrheit der Stimmberechtigten bereits vor der Atomkatastrophe in Japan für die definitive Schliessung des AKW Mühleberg stimmte. Ferner verlangt das Parlament vom Gemeinderat mit einer am 21. März 2011 eingereichten Motion, sich bei den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie bei den BKW FMB für die sofortige und dauerhafte Stilllegung des AKW Mühleberg einzusetzen. Diese Motion wurde am 19. September 2011 mit 17 Stimmen dafür, 9 dagegen und 9 Enthaltungen für erheblich erklärt.

Wir ersuchen Sie, zum Schutz unserer Bevölkerung unserem Begehren zu entsprechen und das AKW Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen. Die Könizerinnen und Könizer werden es Ihnen danken.

Im Namen des Gemeinderates

Luc Mentha  
Gemeindepräsident

Beatrice Zbinden  
Gemeindeschreiberin



BKW FMB Energie AG  
Herrn Urs Gasche  
Verwaltungsratspräsident  
Viktoriaplatz 2  
3000 Bern 25

Köniz, 14. Dezember 2011 Zb

### **Stilllegung des AKW Mühleberg**

Sehr geehrter Herr Gasche

Die Atomkatastrophe in Japan hat den Gemeinderat erschüttert und beschäftigt. Die Ereignisse in Fukushima haben mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Atomenergie eine gefährliche Technologie ist, die auch in Gesellschaften mit ausgeprägtem Sicherheitsdenken nicht vollständig beherrscht werden kann. Trotz hoher Sicherheitsvorschriften und -massnahmen in den Atomkraftwerken in der Schweiz bleibt ein Restrisiko, das nach Überzeugung des Gemeinderats zu hoch ist. Fukushima hat gezeigt, dass derartige schwere Unfälle überall und jederzeit vorkommen können, auch in Mühleberg, weshalb der Gemeinderat einen raschen Ausstieg aus der Atomenergie befürwortet.

Die sowohl in Tschernobyl als auch in Fukushima durchgeführten Evakuierungsmassnahmen der Bevölkerung im Umkreis von 20 – 30 km um die Unfallreaktoren zeigen, dass bei einem schweren Unfall in Mühleberg damit gerechnet werden muss, die ganze Bevölkerung der Gemeinde Köniz für mehrere Jahrzehnte zu evakuieren. Entsprechende Umsiedlungsszenarien bestehen nicht. Das Gemeindeführungsorgan GFO wäre ausserstande, eine derartige Katastrophe zu bewältigen. Sowohl beim Kanton wie auch beim Bund fehlen für die Kernzonen 2 und 3 entsprechende Evakuierungskonzepte. Das Risiko, dass das ganze Gemeindegebiet auf Jahrzehnte unbenutzbar und unbewohnbar sein könnte, mit entsprechenden Zwangsumsiedlungen der ganzen Bevölkerung, darf nicht in Kauf genommen werden. In diesem Sinne befürwortet der Gemeinderat den Ausstieg aus der Atomenergie und die rasche und dauerhafte Schliessung der Anlage in Mühleberg.

Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass ein Ausstieg aus der Atomenergie zwingend mit massiven Stromsparmassnahmen und einem starken Ausbau der erneuerbaren Energien verbunden ist. Der Gemeinderat hat mit der von ihm verabschiedeten Energiestrategie signalisiert, dass er selber Bestrebungen zur besseren Nutzung der erneuerbaren Energien, zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Energiesparen unterstützt und fördert.

Der Gemeinderat vertritt mit seinem Anliegen eine Mehrheit der Könizer Bevölkerung. Bei der Kantonalen Volksabstimmung vom 13. Februar 2011 sprachen sich 51.2% unserer Bevölkerung bei einer Stimmbeteiligung von 55.1% gegen den Ersatz des AKW Mühleberg aus. Damit war Köniz eine von 10 Gemeinden, die entgegen der Mehrheit der Stimmberechtigten bereits vor der Atomkatastrophe in Japan für die definitive Schliessung des AKW Mühleberg stimmte. Ferner verlangt das Parlament vom Gemeinderat mit einer am 21. März 2011 eingereichten Moti-



on, sich bei den zuständigen kantonalen und eidgenössischen Behörden sowie bei den BKW FMB für die sofortige und dauerhafte Stilllegung des AKW Mühleberg einzusetzen. Diese Motion wurde am 19. September 2011 mit 17 Stimmen dafür, 9 dagegen und 9 Enthaltungen für erheblich erklärt.

Der Gemeinderat unterstützt die klare Haltung des Bundesrats und des Regierungsrats des Kantons Bern, dass die Schweiz aus der Atomenergie aussteigen soll. Angesichts der Nähe der Gemeinde Köniz zum Kernkraftwerk Mühleberg ersucht der Gemeinderat den Bundesrat und den Regierungsrat, zum Schutz unserer Bevölkerung das AKW Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen.

Wir ersuchen Sie, die Ängste und die Haltung der Mehrheit der Bevölkerung zu Atomkraftwerken und insbesondere zum Kernkraftwerk Mühleberg ernst zu nehmen, die Nutzung der Alternativenenergien voranzutreiben und das AKW Mühleberg freiwillig abzuschalten. Die Könizerinnen und Könizer werden es Ihnen danken.

Im Namen des Gemeinderates

Luc Mentha  
Gemeindepräsident

Beatrice Zbinden  
Gemeindeschreiberin





Schweizerische Eidgenossenschaft  
Confédération suisse  
Confederazione Svizzera  
Confederaziun svizra

Die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements  
für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK

CH-3003 Bern, GS-UVEK

Gemeinde Köniz  
Gemeinderat  
Landorfstrasse 1  
3098 Köniz

Direktion Präsidiales und Finanzen / Stabsabteilung	
Original	nicht im Original
GP	GR
Eingang 20. JAN. 2012	
Erleicht./Antrag	Mitteilung
Vollständige Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme
direkte Erledigung	direkte Erledigung mit Erledigungskopie an GP

Bern, 19. JAN. 2012

### Kernkraftwerk Mühleberg

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident, sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats

Besten Dank für Ihren Brief vom 14. Dezember 2011, in welchem Sie mich ersuchen, das Kernkraftwerk (KKW) Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen.

Als Folge der tragischen Ereignisse in Fukushima hat der Bundesrat im Frühling 2011 die Energieperspektiven der Schweiz aktualisieren lassen. Auf Grundlage dieser umfangreichen Arbeiten hat der Bundesrat am 25. Mai 2011 beschlossen, die fünf in der Schweiz bestehenden KKW am Ende ihrer sicherheitstechnischen Betriebsdauer abzuschalten und nicht durch neue zu ersetzen. National- und Ständerat haben diesen Grundsatzentscheid in den Sommer-, Herbst- und Wintersessionen 2011 bestätigt.

Bei seinem Beschluss zum mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie ist der Bundesrat davon ausgegangen, dass die KKW nach rund 50 Jahren Betriebszeit stillgelegt werden. Demnach wird das KKW Mühleberg ungefähr 2022 vom Netz genommen werden. Als Aufsichtsbehörde entscheidet jedoch das Eidg. Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) über die sicherheitstechnische Laufzeit der KKW. Dies trifft auch auf das KKW Mühleberg zu. Für eine sofortige Stilllegung besteht aus Sicht des ENSI kein Anlass: Die umfassenden Überprüfungen zeigen, dass der heutige Sicherheitsstandard der Schweizer KKW sehr hoch ist. Sollte das ENSI allerdings zum Schluss kommen, dass bei einem KKW die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet ist, wird dieses ausser Betrieb genommen, sofern die Betreiber dies nicht schon selbst veranlasst haben.



Der Bundesrat hat sich am 25. Mai 2011 bewusst für den mittelfristigen und gegen einen vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie entschieden. Gleichzeitig mit dem Beschluss zum Ausstieg hat er die neue Energiestrategie 2050 vorgestellt. Der mittelfristige Ausstieg erlaubt es, den Umbau der Energiesysteme umsichtig zu planen und das hohe Niveau bei der Energieversorgungssicherheit auch in Zukunft sicherzustellen. Zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit setzt der Bundesrat im Rahmen der neuen Energiestrategie insbesondere auf Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz, erneuerbare Energien sowie wenn nötig auf fossile Kraftwerke und Importe. Zudem sollen die Netze ausgebaut und erneuert sowie die Energieforschung gestärkt werden. Die Prüfung und Ausarbeitung der einzelnen Massnahmen werden derzeit unter Hochdruck vorangetrieben.

In Ihrem Schreiben machen Sie mich auch auf offene Fragen im Zusammenhang mit dem Notfallschutz aufmerksam. Hier möchte ich auf folgende laufenden Arbeiten hinweisen: Der Bundesrat hat am 4. Mai 2011 die Einsetzung einer interdepartementalen Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Notfallschutzmassnahmen bei Extremereignissen in der Schweiz (IDA NOMEX) beschlossen. Aufgabe der Arbeitsgruppe unter der Federführung des Bundesamtes für Energie (BFE), in welcher auch die Kantone mitarbeiten, ist es, im Lichte der Erfahrungen von Japan zu untersuchen, ob zusätzliche gesetzliche und organisatorische Notfallschutzmassnahmen ergriffen werden müssen. Dabei werden auch die vorsorgliche und nachträgliche Evakuierung und die Verteilung von Jodtabletten geprüft. Ziel der Abklärungen der IDA NOMEX ist es, den unmittelbaren Handlungsbedarf für allfällige Massnahmen in der Schweiz zu klären. Massnahmen, die darüber hinausgehen, sollen als mittel- und langfristige Massnahmen vorgeschlagen werden. Das UVEK wird dem Bundesrat den Bericht der IDA NOMEX im Frühjahr unterbreiten. In einem späteren Schritt soll der Bundesrat über allfällige Entwürfe für Gesetzes- und Verordnungsänderungen entscheiden.

Abschliessend möchte ich Ihnen versichern, dass ich die Fragen zur Sicherheit der KKW sehr ernst nehme. Für die von Ihnen geäusserten Bedenken habe ich Verständnis. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass der vom Bundesrat eingeschlagene Weg zum mittelfristigen Ausstieg aus der Kernenergie richtig ist. Wie Sie in Ihrem Brief schreiben, erfordert der Ausstieg aus der Kernenergie einschneidende Massnahmen. Er ist eine grosse Herausforderung sowohl für die Politik, die Bevölkerung, die Wissenschaft als auch die Wirtschaft. Doch wenn wir alle am gleichen Strick ziehen und gemeinsam an den Lösungen für die Zukunft arbeiten, wird dieser Weg für alle Chancen bieten.

Freundliche Grüsse

Doris Leuthard  
Bundesrätin

Bau-, Verkehrs-  
und Energiedirektion  
des Kantons Bern

Direction des travaux  
publics, des transports  
et de l'énergie  
du canton de Berne

Reiterstrasse 11, 3011 Bern  
Telefon 031 633 31 11  
Telefax 031 633 31 10  
e-mail [info.bve@bve.be.ch](mailto:info.bve@bve.be.ch)  
Internet [www.bve.be.ch](http://www.bve.be.ch)

Flavio Turolla  
Direktwahl 031 633 36 54  
Fax 031 633 36 60  
e-mail [flavio.turolla@bve.be.ch](mailto:flavio.turolla@bve.be.ch)

Geschäfts-Nr. 972/2011

Direktion Präsidiales und Finanzen / Stabsabteilung	
Original	mit/ohne Beilagen
GP	GR
Eingang 25. JAN. 2012	
Visum K	
Bericht/Antrag	Mitbericht
variante Antwort	<input checked="" type="checkbox"/> Kenntnisnahme
direkte Erlaubigung	direkte Erledigung mit Erledigungskopie an GP

Gemeinde Köniz  
Luc Mentha, Gemeindepräsident  
Landorfstrasse 1  
3098 Köniz

23. Januar 2012

## Stilllegung des AKW Mühleberg

Sehr geehrter Herr Gemeindepräsident  
Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte

Für Ihren Brief vom 14. Dezember 2011, mit dem Sie mich auffordern, das AKW Mühleberg sofort und dauerhaft zu schliessen, danke ich Ihnen.

Ich habe grosses Verständnis und Sympathie für die von einer Mehrheit der lokalen Bevölkerung getragene atomkritische Haltung des Gemeinderates von Köniz. In diesem Sinne unterstütze ich grundsätzlich Ihr Anliegen, auf Atomstrom zu verzichten.

Dabei ist zwischen der Position als Eigner und als Regulator bzw. Aufsichtsbehörde zu unterscheiden. Als politische Behörde hat der Regierungsrat keine Entscheidkompetenz zur Frage, wann das AKW Mühleberg abgestellt werden soll. Die Regulation und die Aufsicht liegen in der ausschliesslichen Kompetenz des Bundes. Auch als Vertreter des Mehrheitsaktionärs der BKW kann der Regierungsrat eine Stilllegung des AKW Mühleberg nicht alleine herbeiführen. Dazu würde es eine Statutenänderung brauchen, die eine 2/3 Mehrheit aller Aktionäre erfordert.

Am 25. Mai 2011 hat der Bundesrat beschlossen, dass die bestehenden Atomkraftwerke in der Schweiz am Ende ihrer Betriebsdauer stillgelegt und nicht mehr durch neue AKW ersetzt werden. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, setzt der Bundesrat – wie der bernerische Regierungsrat – auf verstärkte Einsparung (Energieeffizienz) und den Ausbau der erneuerbaren Energien. Inzwischen haben sich die eidgenössischen Räte der Haltung des Bundesrates angeschlossen und sich ebenfalls für den mittelfristigen Ausstieg aus der Atomenergie ausgesprochen.

Unabhängig davon ist der Weiterbetrieb des bestehenden AKW Mühleberg noch nicht über längere Zeit sichergestellt. Hängig ist noch das Beschwerdeverfahren zur unbefristeten Betriebsbewilligung des AKW Mühleberg. Das Bundesverwaltungsgericht wird in absehbarer Zeit sein Urteil fällen. Inzwischen ist auch die kantonale Initiative «Mühleberg vom Netz» zustande gekommen.

Bis am 31. März 2012 muss die BKW Energie AG dem eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI den Nachweis erbringen, dass das AKW Mühleberg einem Extrem-Erdbe-

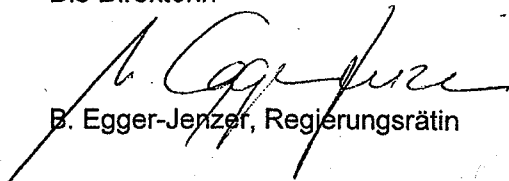
ben standhalten kann und auch einem dadurch verursachten Bruch des Wohlenseedamms gewachsen ist.

Welche Konsequenzen sich für das AKW Mühleberg aus der allfälligen Annahme der Initiative «Mühleberg vom Netz», dem laufenden Rechtsmittelverfahren und den eingeleiteten Abklärungen ergeben werden, ist zurzeit offen. Unabhängig davon wird sich der Regierungsrat im Rahmen seiner Möglichkeiten weiterhin für den geordneten Ausstieg aus der Kernenergie einsetzen.

Abschliessend möchte ich Ihnen und Ihrer Gemeinde für Ihr Engagement für eine atomkraftfreie Zukunft danken.

Freundliche Grüsse

BAU-, VERKEHRS- UND  
ENERGIEDIREKTION  
Die Direktorin



B. Egger-Jenzer, Regierungsrätin

Bern, 12. April 2013

Gemeinderat Köniz  
Herr Luc Mentha  
Gemeindepräsident  
Landorfstrasse 1  
3098 Köniz

Direktion Präsidiales und Finanzen / Stabenabteilung	
Original	mit/ohne Beilagen
GS	GP/DUB/GR
Eingang 15. APR. 2013	
Visum <i>W</i>	
Bericht/Antrag	Missricht
Wichtig/Antrag	Kennzeichnung
direkte Befreiung	direkte Befreiung mit Erlassungsgesetz der GP
<i>AKW Motion Verträge</i>	

**BKW**

## Das KKW Mühleberg ist sicher

BKW FMB Energie AG  
Viktoriaplatz 2  
3000 Bern 25

Telefon 031 330 51 11  
Telefax 031 330 56 35

Sehr geehrter Herr Mentha

[www.bkw-fmb.ch](http://www.bkw-fmb.ch)

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 14. Dezember 2011, auf unsere Antwort vom 15. März 2012 mit der Einladung für einen Gedankenaustausch sowie auf das konstruktive Gespräch zwischen der Gemeinde Köniz und der BKW am 18. Februar 2013. Wir sind überzeugt, dass die am Gespräch vereinbarte gemeinsame Arbeitsgruppe gute Vorschläge in Sachen Public Solar Köniz, Pilotprojekt Smart Grid Wangental und Änderung Strommix erarbeiten wird.

Anlässlich des Gesprächs wünschten Sie eine schriftliche Stellungnahme zur Motion der SP Köniz mit dem Titel "AKW Mühleberg sofort stilllegen". Gerne kommen wir hiermit Ihrer Bitte nach und nehmen zur erwähnten Motion wie folgt Stellung:

Die BKW teilt die Vision einer langfristig nachhaltigen und erneuerbaren Energieversorgung. In ihrer neuen Konzernstrategie «BKW 2030» strebt sie langfristig eine möglichst CO<sub>2</sub>-neutrale Stromproduktion an und setzt dabei auf Energieeffizienz sowie auf den Ausbau der erneuerbaren Energien, insbesondere Wasserkraft und Wind.

Der angestrebte Umbau des Energiesystems benötigt jedoch Zeit und beträchtliche finanzielle Ressourcen. In Übereinstimmung mit der bundesrätlichen Energiestrategie 2050 strebt die BKW deshalb einen geordneten Rückzug aus der Kernenergie an, der wirtschaftliche Schäden vermeidet und die Bereitstellung der nötigen Investitionsmittel für den Aufbau einer gleichwertigen Produktionsalternative ermöglicht. Dies liegt aus Sicht der BKW im öffentlichen Interesse, im Interesse des Kantons Bern sowie in jenem des Bundes.

Das KKM deckt heute rund 40 Prozent der Nachfrage im BKW-Versorgungsgebiet ab und leistet damit einen bedeutenden Beitrag zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit in der Hauptstadtregion Bern und in der Nordwestschweiz. Die regionale Bedeutung des KKM für die Stromversorgung und die Netzstabilität wurde während des Sturms Lothar im Jahr 1999 deutlich. Ohne KKM wären in der Nordwestschweiz statt 300'000 mindestens 700'000 Menschen von einem Stromausfall betroffen gewesen. Da bei einem Wegfall des KKM im Kanton Bern kurzfristig keine Ersatzproduktion im Bereich der erneuerbaren Energien zur Verfügung stünde, müsste der fehlende Strom importiert werden, und zwar grossmehrheitlich aus ausländischen Kernkraftwerken und fossilen Produktionsanlagen.

Ihr partner für  
**1to1 energy**

Das KKM ist zudem ein wichtiger lokaler Arbeitgeber. Rund 500 Personen werden direkt oder indirekt durch das KKM beschäftigt. Für das KKM errechnet sich eine Wertschöpfung von jährlich rund 100 Mio. CHF. Abhängig von den Strompreisen generiert das KKM heute direkt und indirekt jährlich Steuern und Abgaben von insgesamt rund 10 Mio. CHF. Dieses Steueraufkommen wird bei einer vorzeitigen Ausserbetriebnahme des KKM markant sinken.

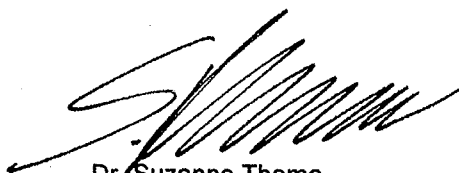
Der sichere Betrieb ihrer Anlagen hat für die BKW immer oberste Priorität. Als verantwortungsbewusste Stromproduzentin ist dies unsere Hauptaufgabe. Entspräche eine Anlage nicht den gesetzlichen Sicherheitsanforderungen, würde sie von der BKW oder von der zuständigen Behörde sofort ausser Betrieb genommen. Die BKW hat dies im Sommer 2011 bewiesen, als sie durch ein rasches und zielgerichtetes Vorziehen der Jahresrevision und durch eine sofortige Umsetzung verschiedener Nachrüstmassnahmen die Hochwassersicherheit des KKM weiter erhöht hat. Zudem zeigen Gutachten und Stellungnahmen des ENSI und von internationalen Experten: Das KKM ist – dank laufender Nachrüstungen und einer hohen Sicherheitskultur – sicher. Ein Vergleich der EU-Stresstestdaten zeigt, dass die Schweizer Kernkraftwerke auch im internationalen Vergleich sehr gut abschneiden. Mühleberg erfüllt sämtliche von der Kommission als zentral hervorgehobenen Punkte.

Wie eingangs erwähnt, unterstützen wir die bundesrätliche Energiepolitik 2050 nicht nur; wir haben uns vielmehr zum Ziel gesetzt, mit einem unternehmerischen Ansatz einen wichtigen Beitrag zu ihrer Umsetzung zu leisten. Unsere Konzernstrategie «BKW 2030», unsere neue Organisationsstruktur, unser hohes Investitionsvolumen und unser Handeln im beruflichen Alltag sind konsequent darauf ausgerichtet.

Einer politisch motivierten Ausserbetriebnahme des KKM ohne Rücksicht auf den Umstand, dass die Ersatzversorgung mehrheitlich aus ausländischen nuklearen und fossilen Anlagen erfolgen würde, können wir jedoch nicht zustimmen. Weiter gilt, dass eine Ausserbetriebnahme die legitimen wirtschaftlichen Interessen der BKW, aber auch des Werkplatzes Bern stark tangieren würde, was wir nicht unterstützen können. Wir halten ein solches Vorgehen für kontraproduktiv im Hinblick auf unser gemeinsames Ziel, die Energieversorgung Schritt für Schritt auf eine erneuerbare und dezentralere Basis zu stellen.

Mit freundlichen Grüssen

BKW FMB Energie AG



Dr. Suzanne Thoma  
CEO



Hermann Ineichen  
Leiter des Geschäftsbereichs Energie Schweiz

**BKW**<sup>®</sup>

BKW FMB Energie AG  
Viktoriaplatz 2  
3000 Bern 25

Telefon 031 330 51 11  
Telefax 031 330 56 35

[www.bkw-fmb.ch](http://www.bkw-fmb.ch)



Gemeinde  
**Köniz**

Der Gemeinderat

Landorfstrasse 1  
3098 Köniz

T 031 970 91 11  
www.koeniz.ch

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion  
des Kantons Bern (BVE)  
Generalsekretariat  
Reiterstrasse 11  
3011 Bern

Zuständige Verwaltungsstelle:  
Abteilung Umwelt und Landschaft

Gilgen Daniel AUL  
daniel.gilgen2@koeniz.ch  
T: 031 970 94 43

Köniz, 14. Mai 2013 gida

**Vernehmlassung zum Gegenvorschlag zur Ergänzung der Kantonsverfassung i.S. Initiative "Mühleberg vom Netz": Stellungnahme der Gemeinde Köniz**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Gegenvorschlag des Regierungsrats. Der Gemeinderat von Köniz hat sich bereits mehrfach zum Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Mühleberg geäußert. Die letzte offizielle Stellungnahme datiert vom 5. Dezember 2011 und verlangt die sofortige Stilllegung des KKM wie dies die Initiative „Mühleberg vom Netz“ ebenfalls verlangt.

Der Gemeinderat verschliesst sich indes den Argumenten des Regierungsrats sowie den Erläuterungen von Prof. Dr. Auer nicht. Der Gegenvorschlag scheint ein taugliches Instrument zu sein um die Risiken in Bezug auf mögliche Schadenersatzforderungen zu minimieren.

Der Gemeinderat kann dem Gegenvorschlag unter den folgenden Voraussetzungen zustimmen:

- Der Kanton erhöht den Druck auf die BKW AG um den Entscheid, ob Mühleberg bis ins Jahr 2022 sicher betrieben werden kann möglichst rasch zu erwirken.
- Sollte sich die BKW AG aufgrund der notwendigen Investitionen gegen den Ausbau der Sicherheitsanlagen entscheiden hat sich der Kanton über seine Vertreter im Verwaltungsrat der BKW AG vorbehaltlos für die sofortige Stilllegung des KKM einzusetzen.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und erwarten, dass sich der Regierungsrat aktiv für die Sicherheit der Berner und insbesondere der Könizer Bevölkerung einsetzt.

Im Namen des Gemeinderates

Luc Mentha  
Gemeindepräsident

Pascal Arnold  
Gemeindeschreiber

Kopie:

